

STAATENBERICHT DER SCHWEIZ 2008-2012

ZUR UMSETZUNG DER KONVENTION ZUM SCHUTZ UND ZUR FÖRDERUNG DER VIELFALT KULTURELLER AUSDRUCKSFORMEN

1 Zusammenfassung

1.1 Der schweizerische Kontext

Kulturelle Vielfalt ist für das schweizerische Staatsverständnis konstitutiv. Das historische Zusammenleben von vier verschiedenen Sprachen und Kulturen auf engem Raum und dazu die Kulturen von Bevölkerungsgruppen unterschiedlichster Herkunft haben die Schweizerische Eidgenossenschaft schon früh dazu veranlasst, das Prinzip der kulturellen Vielfalt in ihrer Verfassung, ihrem politischen und Verwaltungsapparats und in ihren kulturpolitischen Massnahmen zu berücksichtigen. Deshalb hat die Schweiz die Schaffung der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen unterstützt und aktiv an dessen Ausarbeitung teilgenommen. Diese Konvention vom 20. Oktober 2005 ist für die Schweiz am 16. Oktober 2008 in Kraft getreten (SR 0.440.8).

1.2 Der gesetzliche Rahmen

Die kulturelle Vielfalt nimmt in der Bundesverfassung sowie in den verschiedenen Kantonsverfassungen, insbesondere in den mehrsprachigen und urbanen Regionen des Landes, einen prominenten Platz ein. Die Kulturförderung ist in erster Linie Sache der Kantone und Gemeinden, wie Art. 69 BV stipuliert, doch hat der Bund die Kompetenz, kulturelle Aktivitäten von gesamtschweizerischem Interesse sowie die Bereiche der Kunst und der Musik, insbesondere über die Ausbildung, zu fördern. Folglich wird in der Schweiz eine aktive Politik zugunsten des Kulturaustauschs zwischen den Sprachregionen oder mit dem Ausland betrieben. Ausserdem anerkennt die schweizerische Aussenpolitik die Rolle der Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit und für die Pflege des Erscheinungsbildes des Landes. Vor diesem Hintergrund wurde die Konvention in der Schweiz von Anfang an als Mittel zur Stärkung des gesetzlichen Rahmens und seiner Legitimität betrachtet, im Sinne eines neuen Instruments zur Sicherung der Fortdauer bewährter Prinzipien der schweizerischen Kulturpolitik.

1.3 Umsetzung, Resultate und Herausforderungen

Es obliegt primär den Kantonen und Gemeinden, die Art und den Umfang der Aktivitäten zugunsten der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu bestimmen. Sie ergreifen auf ihren Gebieten eine Vielzahl von Massnahmen zugunsten der Vielfalt, die sie charakterisiert, und pflegen mittels verschiedener, nicht ausschliesslich kultureller Politiken die interkantonale sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die grosse Vielfalt der Initiativen der Schweizer Kantone und Gemeinden in den Bereichen Kultur, Integration und nachhaltige Entwicklung sind ein Markenzeichen des schweizerischen Föderalismus, der selber als ein Stimulans für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in der Schweiz betrachtet werden kann. Auf der Ebene des Bundes nehmen die beiden wichtigsten Strategien der Schweiz für die Kulturpolitik (Botschaft des Bundesrates vom 23. Februar 2011 zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015, BBl 2011 2971) und die Entwicklungszusammenarbeit (Strategische Ausrichtung der DEZA im Bereich „Unterstützung von Kunstschaaffenden aus dem Süden und Osten und Förderung des Kulturaustauschs“ 2010-2015)¹ unmittelbar Bezug auf den Text der Konvention.

Aufgrund der breiten, im Hinblick auf die Erarbeitung dieses Berichts durchgeführten Konsultation ist gleichwohl festzustellen, dass in der Schweiz ein Sensibilisierungsbedarf für die Ziele und Potentiale der Konvention besteht, insbesondere angesichts der transversalen Dimension der Thematik sowie im Rahmen der parallelen und subsidiären Kompetenz des Bundes zur Kulturförderung. So ist etwa die Wirkung der Politiken zugunsten der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zuweilen schwer abzuschätzen. Dies verlangt nach einer besseren qualitativen und quantitativen Dokumentation der Massnahmen auf allen Ebenen des politischen Systems, aber auch im privaten Sektor und bei Stiftungen. Die Einführung eines statistischen Rahmens zur Erhebung der verschiedenen Aspekte der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, eine Verstärkung der Sensibilisierungsmassnahmen für die Konvention und seine Prinzipien sowie die Schaffung einer funktionalen Koordination zwischen Kantonen, Gemeinden und Bund erweisen sich als die wichtigsten Herausforderungen bezüglich der Umsetzung der Konvention in der Schweiz.

¹ Im Internet verfügbar unter: www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_184530.pdf

2 Allgemeine Informationen

- (a) **Name des Vertragsstaates:** Schweiz
- (b) **Datum der Ratifikation:** 16.07.2008
- (c) **Ratifizierungsprozess:** Genehmigung durch die Bundesversammlung (Parlament). Der Beschluss unterlag gemäss Art. 141 Abs. 1 Bst. d BV dem fakultativen Staatsvertragsreferendum (innerhalb der gesetzlichen Frist wurde kein Referendum ergriffen).
- (d) **Aktueller Stand Beiträge zugunsten des Internationalen Fonds für kulturelle Vielfalt (FIDC):** Beitrag von 100'000 Franken für die Pilotphase vorgesehen.
- (e) **Für die Erstellung des Berichts zuständige Stellen:**
Eidgenössisches Department des Innern, Bundesamt für Kultur, Dienst Internationales; Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Team Kultur und Entwicklung; Schweizerische UNESCO-Kommission.
- (f) **Offizielle Kontaktstelle:** Bundesamt für Kultur (David Vitali)
- (g) **Datum der Erstellung des Berichts:** September 2011 bis April 2012
- (h) **Kurze Schilderung des Konsultationsprozesses zur Erstellung des Berichts; Name der Vertreter der beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft:** Per Fragebogen wurde bei der Zivilgesellschaft sowie bei den kantonalen und kommunalen Behörden eine Umfrage durchgeführt. Der mit einem Anhang zur Dokumentierung der getroffenen Massnahmen versehene Fragebogen (vgl. Anhang 1) wurde den interessierten Kreisen im Oktober 2011 zur Verfügung gestellt, mit Frist bis zum 9. Dezember 2011. Eine Liste der Teilnehmer findet sich in Anhang 2.

Der Rücklauf an Fragebögen von Seiten der kantonalen und kommunalen Behörden war wegen der Komplexität des Fragebogens und der kurzen Fristen bescheiden. Die eingegangenen Daten wurden deshalb durch öffentlich zugängliche Informationen ergänzt.

Vom 16. November bis 9. Dezember 2011 fand auch eine Konsultation der interessierten Bundesämter statt.

Ein auf Basis der Umfragen und der erwähnten Recherchen angefertigter Entwurf des Berichts wurde als Diskussionsgrundlage im Internet veröffentlicht. Mit einer von der Schweizerischen UNESCO-Kommission organisierten öffentlichen Tagung, die am 15. März 2012 stattfand und die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der Behörden offenstand, wurde der Konsultationsprozess abgeschlossen. An der Tagung nahmen rund 30 Organisationen teil. Vor der Verabschiedung durch den Bundesrat wurde der überarbeitete Entwurf noch einmal den interessierten Bundesämtern zur Stellungnahme vorgelegt.

3 Übersicht über die Massnahmen zugunsten der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

3.1 Kulturpolitik

3.1.1 Allgemeines

Seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 beruht dessen Identität und Legitimität auf der grossen Autonomie seiner von verschiedenen Sprachen, Dialekten, religiösen Bekenntnissen und Bräuchen geprägten Regionen. Gemäss der 1999 revidierten Bundesverfassung hat die Schweizerische Eidgenossenschaft „die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes“ zu fördern (Art. 2 Abs. 2 BV). Als Teil des schweizerischen Staatsverständnisses ist das Prinzip der kulturellen Vielfalt mehrfach in der Bundesverfassung verankert: Bei der Erfüllung seiner Aufgaben nimmt der Bund gemäss Art. 69 Abs. 3 BV „Rücksicht auf die kulturelle und die sprachliche Vielfalt des Landes“. Bezüglich der Sprachen legt der Verfassungsauftrag (Art. 70 BV) fest, dass Bund und Kantone „die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften“ fördern (Art. 70 Abs. 3 BV). Ausserdem bestimmen die Kantone ihre Amtssprache, indem sie auf die angestammten sprachlichen Minderheiten Rücksicht nehmen (Art. 70 Abs. 2 BV), und der Bund unterstützt die mehrsprachigen Kantone (Art. 70 Abs. 4 BV) sowie die Massnahmen der Kantone Graubünden und Tessin „zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache“ (Art. 70 Abs. 5 BV).

Im Bereich des Films kann der Bund gemäss Art. 71 Abs. 2 BV „Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen“. Bezüglich des Rundfunks zielt die Bundesverfassung darauf ab, ein Basisangebot an kultureller Vielfalt und Meinungsbildung zu gewährleisten: „Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.“ (Art. 93 Abs. 2 BV) Aus dieser politischen und kulturellen Rolle des Rundfunks resultiert der Auftrag, dass alle Regionen ausreichend zu versorgen sind und sicherzustellen ist, dass die Sendungen den Interessen des Publikums entsprechen und eine freie Meinungsbildung ermöglichen. Alle diese Verfassungsbestimmungen verpflichten den Bund, dem Prinzip der kulturellen Vielfalt nicht nur im Rahmen seiner Kulturpolitik, sondern auch bei der Regelung anderer Politikbereiche Rechnung zu tragen (Art. 69 Abs. 3 BV).

N.B.: In diesem Bericht werden auch Politiken und Massnahmen zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ausgewiesen, die schon vor dem Inkrafttreten der Konvention in der Schweiz 2008 wirksam bzw. getroffen worden waren. Dies ermöglicht ein kompletteres Bild der von der Schweiz zugunsten der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ergriffenen Massnahmen.

3.1.2 Der gesetzliche Rahmen auf Bundesebene

a) Kulturförderung

Die wichtigste, aber mit der Ratifikation der Konvention in der Schweiz nicht direkt im Zusammenhang stehende Entwicklung ist die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur Kultur (Art. 69 BV) durch das Kulturförderungsgesetz vom 11. Dezember 2009 (KFG, SR 442.1), das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Als erstes Gesetz, das auf Bundesebene Kultur in ihrer Gesamtheit behandelt, weist das KFG dem Bund die Aufgabe zu, „den Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt in der Schweiz zu stärken“ und „ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot zu fördern“ (Art. 3 Bst. a und b KFG). Sämtliche Förderungs- und Unterstützungsmassnahmen des Gesetzes (Art. 9 bis 21 KFG) sind diesem Ziel verpflichtet; handle es sich um die Bewahrung des kulturellen Erbes, die Nachwuchsförderung, die musikalische Bildung, das künstlerische Schaffen, um die Unterstützung von Organisationen oder um den Kulturaustausch. Priorität haben Projekte, die a) „der Bevölkerung den Zugang zur Kultur ermöglichen oder erleichtern“ oder b) „einen besonderen Beitrag zur Bewahrung oder Entwicklung der kulturellen oder sprachlichen Vielfalt leisten“ (Art. 8 KFG). Der Bund ist gemäss Art. 30 Abs. 2 KFG verpflichtet, die Wirksamkeit der Förderungsmassnahmen periodisch zu überprüfen. Im Hinblick darauf wird derzeit für die Finanzierungsperiode 2016 bis 2019 die Erarbeitung eines Wirkungsmodells mit Indikatoren geprüft.

Für die Umsetzung des KFG sind das Bundesamt für Kultur (BAK) und die Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia verantwortlich. Die Botschaft des Bundesrates vom 23. Februar 2011 zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 (Kulturbotschaft, BBl 2011 2971) definiert die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes für die Periode 2012 bis 2015, während der insgesamt 669,5 Mio. Franken für die Kulturförderung zur Verfügung stehen. In der Kulturbotschaft setzt sich der Bundesrat zum Ziel „die kulturelle Vielfalt zu pflegen, den Zugang zur Kultur zu verbessern sowie die

damit verbundenen Themen der kulturellen Traditionen und der Digitalisierung in die Kulturpolitik aufzunehmen. Im Weiteren will er den Kulturaustausch in der Schweiz und mit dem Ausland fördern. Schliesslich will der Bundesrat die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen, Städten und Gemeinden stärken und sich für gute kulturelle Rahmenbedingungen einsetzen.“ Vor ihrer Verabschiedung durch das Parlament wurde eine nationale Anhörung zur Kulturbotschaft durchgeführt, zu der über 300 Stellungnahmen von kantonalen und kommunalen Kulturverantwortlichen sowie aus der Zivilgesellschaft eingegangen sind. Die transparente Anhörung ergab eine klare Zustimmung zur Einführung eines umfassenden Kulturgesetzes. Indessen drückten zahlreiche Stellungnahmen auch Sorgen ob der ungenügenden Mittel für die Umsetzung der Massnahmen aus. Die Kulturbotschaft wurde am 30. September 2011 vom Parlament verabschiedet.

Die aktuellen Schlüsseldokumente des Bundes zur Kulturförderung – die Botschaft des Bundesrates vom 8. Juni 2007 zum Bundesgesetz über die Kulturförderung (BBl 2007 4819) sowie die erwähnte Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 – beziehen sich beide ausdrücklich auf die UNESCO-Konvention von 2005. Wie in der Schweizer Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit (siehe Abschnitt 3.2.1.4) ist die Konvention somit auch in der Kulturpolitik des Bundes fest verwurzelt.

b) Sprachen

Die Bundesverfassung verankert die Existenz von vier Landessprachen in der Schweiz: Deutsch (Hauptsprache von 63.7% der Bevölkerung²), Französisch (20.4%), Italienisch (6.5%), Rätoromanisch (0.5%). Die ersten drei haben den Status von Amtssprachen des Bundes, während das Rätoromanische nur im Verkehr mit Personen dieser Sprache Amtssprache ist. Das Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften vom 5. Oktober 2007 (SpG, SR 441.1) und die am 1. Juli 2010 in Kraft getretene Sprachenverordnung (SpV, SR 441.11) setzen den in Art. 70 BV formulierten Verfassungsauftrag mit dem Ziel um, a) die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz zu stärken, b) den inneren Zusammenhalt des Landes zu festigen, c) die individuelle und die institutionelle Mehrsprachigkeit in den Landessprachen zu fördern sowie d) das Rätoromanische und das Italienische als Landessprachen zu erhalten und zu fördern (Art. 2 SpG). Wie alle Bundesgesetze in der Schweiz war das SpG Gegenstand einer Vernehmlassung bei Kantonen und interessierten Kreisen und unterlag nach seiner Verabschiedung durch das Parlament dem fakultativen Referendum (siehe Abschnitt 4.1). Die für den Sprachunterricht zuständigen Kantone wurden in die Erarbeitung der SpV einbezogen.

Die SpV legt Richtwerte für die Vertretung der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung fest (Deutsch 70%, Französisch 22%, Italienisch 7%, Rätoromanisch 1%; für die Minderheitensprachen sind diese Richtwerte derzeit noch nicht überall erreicht.) Die Umsetzung der SpV ist mit einem „Verständigungskredit“ von jährlich 5.6 Mio. Franken zugunsten der Mehrsprachigkeit ausgestattet und sieht die Ausschüttung von jährlich rund 7 Mio. Franken an die Kantone Graubünden (4,6 Mio. Franken) und Tessin (2,3 Mio. Franken) für die Erhaltung und Förderung ihrer Sprachen vor. Das Italienische und Rätoromanische haben den Status von *weniger verbreiteten Amtssprachen* im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen (SR 0.441.2). Diese verpflichtet die Schweiz, alle drei Jahre einen Bericht zur Umsetzung der Charta zu erstellen, und ermöglicht es somit, die Sprachensituation in der Schweiz fortwährend genau zu beobachten.

Massnahmen des Bundes zugunsten der Fahrenden in der Schweiz

Mit der Ratifikation der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen im Jahr 2000 wurde die Sprache der Fahrenden in der Schweiz – das Jenische – zu einer territorial nicht gebundenen Sprache der Schweiz erklärt. Allerdings subventioniert der Bund die Dachorganisation der schweizerischen Fahrenden („Radgenossenschaft der Landstrasse“) schon seit 1986 und entwickelt mit ihr seit 2007 ein Projekt zur Erfassung und Erweiterung des jenischen Wortschatzes. Er finanziert auch die 1997 von ihm gegründete Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“. Schliesslich hat der Bundesrat 1998 im Rahmen der Ratifikation des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten (SR 0.441.1) festgehalten, dass die schweizerischen Fahrenden eine Minderheit im Sinne des Rahmenübereinkommens bilden. Damit verpflichtete sich die Schweiz, die Rahmenbedingungen zu fördern, die es ihnen ermöglichen, ihre Kultur zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies setzt namentlich voraus, durch geeignete Massnahmen die Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen für Jenische mit fahrender Lebensweise zu erleichtern und zu unterstützen. Generell hat sich das Angebot in den letzten Jahren nicht verbessert. Der Bund setzt seine Bemühungen fort, mit den Kantonen über die Abtretung von ehemaligem Militärgelände zur Nutzung als Stand- und Durchgangsplätze zu verhandeln. Ausser im Bereich der Sprache existieren derzeit keine Massnahmen zur Förderung der spezifisch jenischen kulturellen Ausdrucksformen.

² Gemäss Volkszählung von 2000 (Daten: Bundesamt für Statistik).

c) Film

Dank ihrer Mehrsprachigkeit verfügt die Schweiz über ein im europäischen Vergleich sehr vielfältiges filmisches Angebot, dies trotz ihrer geringen Grösse und dem fragmentierten Markt. Das Ziel des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur vom 14. Dezember 2001 (FiG, SR 443.1) ist es, diese Angebotsvielfalt zu wahren und wenn möglich zu verbessern (Art. 1, Zweck). Der Bund kann zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und der Qualität des Filmangebots Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung leisten (Art. 4). Schweizer Verleiher und Vorführunternehmen tragen ebenfalls zur Vielfalt des Filmangebots bei, indem sie sich an Selbstregulierungsmechanismen halten (Art. 17). Das Bundesamt für Statistik (BFS) erhebt seit 2003 regelmässig und umfassend die Vielfalt des Filmangebots in den verschiedenen Regionen. Ist die Vielfalt langfristig nicht mehr gewährleistet, so kann der Bund Verbesserungen verlangen und nötigenfalls in den betreffenden Regionen eine Abgabe erheben (Art. 20 und 21). Diese Massnahme wurde jedoch noch nie angewendet. Auf der Basis der neuen, am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Verordnung über die Filmförderung (FiFV, SR 443.113) unterstützt der Bund mit einer Programmationsprämie auch Verleih und Vorführung von Arthouse-Filmen sowie die Vielfältigkeit der Programmation in den Kinos. Das BAK ist in Absprache mit der Eidgenössischen Filmkommission (EFiK), deren Mitglieder vom Bundesrat ernannt werden, für die Umsetzung des FiG verantwortlich. In der Periode 2012-2015 sind für die Förderung des Filmschaffens und der Filmkultur insgesamt 148,1 Mio. Franken eingestellt. Dieser Betrag umfasst für 2011-2016 auch 8,5 Mio. Franken an die Digitalisierung für Kinos mit einem besonders vielfältigen Angebot sowie einen Kredit „Filmkultur“ zur Förderung von Festivals, pädagogischen Projekten, der Weiterbildung, des Zugangs zur Filmkultur und von Filmzeitschriften.

d) Radio und Fernsehen

Die Schweiz hat die Einführung von Art. 6 Abs. 2 Bst. h der Konvention angeregt, welche die Förderung der Medienvielfalt, „und zwar auch durch den öffentlichen Rundfunk“ als mögliche Massnahme der Vertragsparteien zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vorsieht. Sie anerkennt somit die fundamentale Rolle der öffentlichen Radio- und Fernsehanstalten in der Gewährleistung eines Basisangebots für die kulturelle Vielfalt und die Meinungsbildung. Die politische und kulturelle Rolle des Rundfunks ist schon in der Bundesverfassung festgeschrieben (siehe Abschnitt 3.1.1). Das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen vom 24. März 2006 (RTVG, SR 784.40) definiert die Konturen dieses starken Service public, der von der SRG SSR idée suisse gewährleistet wird. Der Auftrag an die Anstalt enthält mehrere Bestimmungen, welche die Vielfalt des Angebots gewährleisten sollen (Art. 24 Abs. 1, 2 und 4). So verfügt die Minderheitensprache Italienisch über zwei öffentliche Fernsehkanäle und drei öffentliche Radioprogramme, so wie dies für das Deutsche und das Französische der Fall ist. Ausserdem ist die SRG SSR verpflichtet, mindestens ein Radioprogramm für die rätoromanische Schweiz bereitzustellen. Die SRG SSR berücksichtigt auch die Vielfalt des Publikums. Gemäss RTVG muss sie das Verständnis, den Zusammenhalt und den Austausch unter den Kulturen und gesellschaftlichen Gruppen und darüber hinaus sogar die engere Verbindung zwischen den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern und der Heimat sowie die Präsenz der Schweiz und das Verständnis für deren Anliegen im Ausland fördern (Art. 24 Abs. 1 Bst. b und c).

Im Übrigen gibt das RTVG dem Bundesrat die Möglichkeit von Fernsehveranstaltern zu verlangen, einen wesentlichen Anteil der Sendezeit und ihres Produktionsbudgets schweizerischen oder europäischen Werken vorzubehalten (Art. 7 Abs. 1). Ein Beispiel für die Umsetzung dieser Bestimmung ist der „Pacte de l'audiovisuel“ der SRG SSR idée suisse.³ Abgesehen von Einnahmen aus Werbung, Verkauf und Sponsoring, finanziert sich die SRG SSR zum grössten Teil über eine in allen Regionen gleich hohe Empfangsgebühr. Für die Umsetzung des RTVG und der entsprechenden Ausführungsbestimmungen (RTVV) ist das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) zuständig. Im Rahmen der Vernehmlassung zur RTVV gingen 2006 über 120 Stellungnahmen ein. Schliesslich sorgt das BAKOM in Zusammenarbeit mit dem BFS für die Erhebung und statistische Auswertung der relevanten Daten (Art. 19 Abs. 1 RTVG).

³ Der erstmals 1996 geschlossene und alle drei Jahre erneuerte „Pacte de l'audiovisuel“ ermöglicht die Realisierung von Film- und Fernsehproduktionen und die Auszeichnung erfolgreicher Produktionen. Dieses freiwillige Engagement der SRG SSR idée suisse mit sieben Partnern aus der Filmbranche begünstigt die Zusammenarbeit zwischen der unabhängigen audiovisuellen Produktion und der SRG SSR.

3.1.3 Kantonale und kommunale Politiken und Massnahmen

Aus der im Rahmen der Erstellung des vorliegenden Berichts durchgeführten Anhörung geht hervor, dass die meisten Kantone und Gemeinden in der Schweiz die Frage der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen schon längst in ihre Kultur- und Integrationspolitik integriert haben. Obwohl für die Politiken der Kantone und Gemeinden kein strukturierter gemeinsamer Handlungsrahmen besteht, ist das Prinzip der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ein ständiges Anliegen und Gegenstand zahlreicher Initiativen. Im Rahmen der Kulturförderung durch Städte und Kantone stellt es die Basis aller Aktivitäten dar und ist Hauptlegitimation für die Aktivitäten der öffentlichen Hand. Der Schutz und die Förderung von kultureller Vielfalt ist daher im Verständnis der Städte und Kantone nicht ein Kriterium, sondern der Grund, warum sie überhaupt Kulturförderung betreiben. So stellt kulturelle Vielfalt ein Grundprinzip der Förderungspolitik von Kantonen wie **Appenzell Ausserrhoden** (Kulturkonzept 2008), **Obwalden** (Kulturleitbild und Kulturförderungskonzept vom 16. Dezember 2006) oder **Schwyz** (Verfassung des Kantons Schwyz vom 24. November 2010) dar.

N.B.: Um einen Eindruck dieser Vielfalt an Initiativen zu vermitteln, finden sich in den Abschnitten 3.1.3.1 bis 3.1.3.3 eine Reihe repräsentativer Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

3.1.3.1 Die Vielfalt als Grundlage der Kulturpolitik

Der **Kanton Thurgau** wendet bei der Selektion zu fördernder kultureller Projekte seit 2010 das Kriterium der „Nachhaltigkeit“ an, worunter als erstes die „Bereicherung der Vielfalt kulturellen Lebens“ zu verstehen ist. Er orientiert seine Förderungsmassnahmen an der künstlerischen Qualität der Projekte und an der Vielfalt innerhalb der künstlerischen Disziplinen (Kunst, Theater, Musik, Literatur usw.), indem er sowohl die Hochkultur als auch die Volkskultur sowie die Bedürfnisse und Traditionen der verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen des Kantons berücksichtigt. Ein wichtiges Kriterium für Zusprachen von Finanzhilfen ist die Vielfalt auch in den **Kantonen Luzern** (Kulturförderungsgesetz 1994) und **Aargau** (Leitbild und Strategie des Departements Bildung, Kultur und Sport 2011). Der **Kanton Genf** berücksichtigt das Kriterium der Vielfalt bei der Selektion von punktuell zu unterstützenden Kulturschaffenden und von Institutionen, mit denen Leistungsverträge abgeschlossen werden, sowie im Bereich des Kulturaustauschs und der Verbreitung von Werken. Im **Kanton Baselland** hat sich die Berücksichtigung der Vielfalt der Bevölkerung auch bei der Entwicklung des kulturellen Angebots durchgesetzt, da Kultur ein Medium der Vermittlung zwischen Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Schichten sein und so zur Integration beitragen kann.

3.1.3.2 Die Vielfalt als kulturpolitische Massnahme

Ähnliche Überlegungen wie jene des Kantons Baselland zur Bedeutung der Kultur für die Integration spielten 2009 bei der Lancierung des „Fonds interculturel“ der **Stadt Lausanne** eine Rolle. Der Fonds verfolgt das Ziel, „den Austausch zwischen Schweizern und Ausländern zu fördern, die soziale Integration mittels eines dynamischen Austauschs zwischen den Quartieren zu fördern und die Kultur von Lausanne und ihre Vielfalt hervorzuheben“⁴. Die Stadt Lausanne hat die Vielfalt ihres kulturellen Angebots ausserdem zum Zugpferd ihrer Standortwerbung für den Zeitraum 2009-2013 gemacht.

In diesen Perspektiven von kultureller Attraktivität und Integration situieren sich die Überlegungen der meisten Schweizer Kantone und Städte zur Vielfalt ihres kulturellen Angebots. Auch der **Kanton St. Gallen** beabsichtigt, diese zu einem Schwerpunkt in der Entwicklung der kulturellen Identität seiner Region zu machen; insbesondere indem er in die Stärkung der Infrastrukturen investiert, die er für die Entwicklung der Angebotsvielfalt als unerlässlich betrachtet (Förderung der Kulturinfrastruktur 2008). Die **Stadt St. Gallen** setzt besonders auf die Förderung des unabhängigen Kulturschaffens und hat unter anderem einen kleinen Kredit geschaffen, der für Projekte und Veranstaltungen von Frauen reserviert ist. Auch der **Kanton Uri** hat sich entschieden, seine kulturellen Infrastrukturen zu stärken, und hat 2007 ein schweizerisches Kompetenzzentrum für die Dokumentation, Forschung und Weiterbildung im Bereich der Volksmusik gegründet (Haus der Volksmusik, Altdorf).

Der **Kanton Solothurn** hat sich für die Legislaturperiode 2009-2013 die Pflege der kulturellen Vielfalt zum Ziel gesetzt, weil diese als die Basis jeder Standortattraktivität und eine der Voraussetzungen erfolgreich vernetzter Wissensgesellschaften betrachtet wird.

Beispielhaft ist der **Kanton Neuenburg**, der die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen auch in seine Politik eingeschrieben hat und festlegt, dass „der Kanton auf eine kluge Koordinierung der kulturellen Anstrengungen und der dafür eingesetzten Mittel achtet und dabei die Vielfalt der Regionen, die spezifischen Neigungen und die Verschiedenartigkeit der künstlerischen Ausdrucksformen

⁴ <http://www.lausanne.ch/view.asp?DocId=35396>

berücksichtigt“ (Art. 8 Abs. 1 Loi sur l'encouragement des activités culturelles von 1991). Daraus ergibt sich als einer der vier Schwerpunkte der kantonalen Kulturpolitik die Notwendigkeit „ein vielfältiges kulturelles Leben und eine lebendige Volkskultur zu bewahren“ (Plan d'intention du Conseil d'Etat 2006-2009 en matière de politique culturelle). Ein besonderer Akzent wird dabei auf das sich unter anderem in der Laienkultur (Blaskapellen, Chormusik etc.) äussernde partizipative kulturelle Leben gelegt, weil diese Veranstaltungen als für die Lebensqualität und die Attraktivität der Region vorteilhaft gesehen werden. Der Kanton Neuenburg nimmt im Übrigen am Projekt „Interkulturelle Städte“ des Europarats teil. In diesem Rahmen wurde zur Präsentation der interkulturellen Strategie des Kantons ein Studienaufenthalt und am 27. November 2009 eine öffentliche Veranstaltung zur kulturellen Vielfalt in der Schweiz organisiert.⁵

3.1.3.3 Die Vielfalt als Auftrag in den zweisprachigen Kantonen

Die mehrsprachigen Kantone (**Freiburg, Wallis, Bern, Graubünden**) messen der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in der Schweiz besondere Bedeutung zu. Ähnlich wie die von einer kulturell sehr heterogenen Bevölkerung geprägten grossen städtischen Zentren, sind die zwei- oder mehrsprachigen Regionen täglich mit dieser Thematik konfrontiert. Folglich anerkennen alle ihre Kantonsverfassungen die Wichtigkeit der kulturellen Vielfalt und eines vielfältigen Kulturangebots:

Freiburg: Der „kantonale Zusammenhalt unter Achtung der kulturellen Vielfalt“ bildet eines der Staatsziele des Kantons (Art. 3 Bst. f). „Staat und Gemeinden fördern und unterstützen das kulturelle Leben in seiner Vielfalt sowie das künstlerische Schaffen. Sie fördern die Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch zwischen den Regionen des Kantons und darüber hinaus.“ (Art. 79);

Wallis: „Die französische und die deutsche Sprache sind als Landessprachen erklärt. Der Grundsatz der Gleichberechtigung beider Sprachen soll in der Gesetzgebung und in der Verwaltung durchgeführt werden.“ (Art. 12);

Bern: „Kanton und Gemeinden erleichtern den Zugang zur Kultur. Sie fördern das kulturelle Schaffen sowie den kulturellen Austausch. Sie berücksichtigen dabei die Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung und die kulturelle Vielfalt des Kantons.“ (Art. 48);

Graubünden: „Deutsch, Rätromanisch und Italienisch sind die gleichwertigen Landes- und Amtssprachen des Kantons. Kanton und Gemeinden unterstützen und ergreifen die erforderlichen Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätomanischen und der italienischen Sprache. Sie fördern die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften.“ (Art. 3) „Kanton und Gemeinden fördern das künstlerische, kulturelle und wissenschaftliche Schaffen sowie den kulturellen Austausch. Sie nehmen dabei auf die sprachliche Vielfalt und die regionalen Besonderheiten Rücksicht.“ (Art. 90).

Mit dem Gesetz vom 24. Mai 1991 über die kulturellen Angelegenheiten gibt sich der **Kanton Freiburg** folgende Leitlinien: „Er achtet die jeweilige kulturelle Identität der verschiedenen Regionen und fördert die Abstimmung und die Zusammenarbeit unter den Regionen. Er trägt den verschiedenen kulturellen Sparten und Ausdrucksformen Rechnung. Er sorgt für eine angemessene Verteilung der kulturellen Aktivitäten im Kanton. Er fördert die Zusammenarbeit, die Koordination und den kulturellen Austausch auf interkantonal, nationaler und gegebenenfalls internationaler Ebene.“ (Art. 5 Bst. d-g) Diesem Geist entsprechen die Projekte *Coriolis* und *Agglo*. Das 2001 lancierte Projekt *Coriolis* ist zum bedeutendsten Kulturprojekt des Kantons geworden. Es wird von 34 Gemeinden getragen und bezweckt den Aufbau einer Kulturplattform und die Schaffung eines künstlerischen Kompetenzzentrums von gesamtschweizerischer Bedeutung. Diese Strategie umfasst die Stärkung des Kulturaustauschs, der Infrastrukturen und der Förderungsmassnahmen. Das 2008 lancierte Projekt *Agglo* hat seinerseits eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Umweltschutz, Wirtschafts- und Tourismusförderung und nicht zuletzt Kulturförderung zum Ziel. Es soll die nachhaltige Entwicklung der Region, die Zweisprachigkeit und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften des Kantons fördern.

Ähnliche Bestimmungen sind im **Wallis** wirksam, dessen Kulturförderungsgesetz vom 15. November 1996 stipuliert: „Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben a) trägt der Staat den regionalen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung; b) berücksichtigt er die unterschiedlichen kulturellen Sparten und Ausdrucksformen; c) achtet er auf eine angemessene Aufteilung der kulturellen Aktivitäten im Kanton; d) fördert er den kulturellen Austausch innerhalb des Kantons und nach Aussen.“ (Art. 4)

⁵ Hervorzuheben ist, dass der Kanton 1850 das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene eingeführt hat. In der Schweiz kann jeder Kanton ansässigen Ausländern das kantonale und kommunale Stimm- und Wahlrecht verleihen. Solche Bestimmungen existieren auch in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Basel-Stadt, Graubünden, Thurgau, Freiburg, Waadt und Jura.

Auch die an der Grenze zweier Kulturen und Sprachgebiete gelegene Bundes-**Stadt Bern** unterstreicht, dass die Vielfalt aller Kulturen des Landes vor Ort zum Ausdruck kommen muss, und sieht diese als Mittel zur Integration von Migrantinnen und Migranten (Strategie für die Städtische Kulturförderung 2008-2011). Gemäss seiner Verfassung misst der **Kanton Bern** in seiner Kulturpolitik der kulturellen Vielfalt eine grosse Bedeutung zu und hat diese 2009 auch zu einem Grundprinzip seiner Kulturstrategie erklärt. Um die interjurassische Kulturszene zu stärken, arbeitet er zudem in verschiedenen Kulturkommissionen (Literatur, darstellende Künste, Bibliotheken) eng mit dem Kanton Jura zusammen.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass die Kantone Graubünden und Tessin spezifische auf die Minderheitensprachen bezogene Politiken erarbeiten. Im **Kanton Graubünden** hat der Dienst für die Kultur- und Sprachenförderung die Aufgabe die kantonale Dreisprachigkeit aktiv zu fördern. Ein zwischen dem BAK und dem Kanton Graubünden abgeschlossener Leistungsvertrag gewährt diesem 2012-2015 20,6 Mio. Franken für die Erhaltung der rätoromanischen und der italienischen Sprache sowie für die Erfüllung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der kantonalen Dreisprachigkeit (zusätzlich zu den vom Kanton gesprochenen Mitteln). So hat der Kanton Graubünden etwa in Zusammenarbeit mit der Sektion Film des BAK für 2009-2011 ein Pilotprojekt zur Förderung des Filmschaffens rätoromanischer Sprache initiiert.

Der rein italienischsprachige **Kanton Tessin** stellt die Frage der kulturellen Vielfalt weniger stark in den Vordergrund. Dennoch weist die Tessiner Kantonsverfassung bereits in ihrer Präambel auf die historische Verpflichtung hin „in der Schweizerischen Eidgenossenschaft die italienische Kultur zu vertreten“. Des Weiteren bestimmt sie: „Der Kanton gewährleistet und verwirklicht die persönliche Freiheit sowie die Individual- und Sozialrechte derjenigen, die in seinem Gebiet leben, er fördert die Kultur, die Solidarität sowie das wirtschaftliche Wohlergehen und schützt die eigene Identität sowie die Werte der Umwelt“ (Art. 4). Der Kanton erhält genauso wie der Kanton Graubünden vom Bund Finanzhilfen.

3.1.3.4 Koordination auf regionaler Ebene

Die Schweizer Kantone koordinieren sich selbständig in der Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten (KBK), einer Fachkonferenz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), die Fragen der Kulturförderung auf interkantonaler Ebene bearbeitet. Auf der Ebene der Städte leistet die Städtekonferenz Kultur (SKK) diese Aufgabe. Die SKK ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes, die allen Gemeinden mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 10'000 Personen offensteht, die eine Zentrumsfunktionen wahrnehmen, die Bereitstellung eines vielfältigen kulturellen Angebots als Verpflichtung gegenüber ihrer Einwohnerschaft begreifen und Kulturförderung auf professionellem Niveau betreiben. Mitglied sind derzeit die Städte Aarau, Basel, Bern, Biel, Burgdorf, Chur, Frauenfeld, Freiburg, Genf, La Chaux-de-Fonds, Lausanne, Luzern, Neuenburg, Nyon, St. Gallen, Thun, Winterthur, Zug und Zürich. Nebst ihrer Koordinationsfunktion betreibt die SKK für Kulturschaffende, verbunden mit Stipendien, drei Ateliers in Kairo (Ägypten) und Varanasi (Indien) sowie zwei Ateliers in Genua (Italien). Ausserdem treffen die Schweizer Städte und Kantone auch selbständig zahlreiche Massnahmen zur Förderung des interkulturellen Austauschs (siehe Abschnitt 3.2.2).

3.2 Internationale Kooperation und Vorzugsbehandlung

3.2.1 Internationale Kooperation auf Bundesebene

3.2.1.1 Allgemeines: Kulturelle Aktivitäten im multilateralen Rahmen

Die Schweiz setzt sich in diversen internationalen Gremien aktiv für die Kultur ein. Dies gilt für die UNESCO, wo die Schweiz sich intensiv an der Erarbeitung der Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen beteiligt hat, und auch für alle kulturellen Übereinkommen, zu deren Vertragsstaaten sie zählt; namentlich die Konvention vom 17. Oktober 2003 zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes (SR 0.440.6), die Konvention vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt (SR 0.451.41), die Konvention vom 14. November 1970 über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (SR 0.444.1) und das Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (SR 0.520.3). Als Mitglied des zuständigen zwischenstaatlichen Komitees (2011-2015) bringt sich die Schweiz auch in die Arbeiten zur Umsetzung der Konvention von 2005 ein. So engagiert sie sich konzeptionell und finanziell während der Pilotphase des Internationalen Fonds für kulturelle Vielfalt. Sie gehört ferner zu den 20 Gründerstaaten des 1998 geschaffenen Réseau international sur la politique culturelle (RIPC), dessen Arbeit in die Konvention von 2005 mündete.

In der Internationalen Organisation für Frankophonie (OIF) hat sie sich ebenfalls für Vielfalt kultureller und sprachlicher Ausdrucksformen eingesetzt. Sie ist eine der fünf wichtigsten Geldgeber der OIF. Schliesslich nimmt die Schweiz aktiv an den kulturpolitischen Arbeiten des Europarats teil, namentlich im Zusammenhang mit folgenden von der Schweiz ratifizierten Übereinkommen: dem Europäischen Kulturabkommen vom 19. Dezember 1954 (SR 0.440.1), dem Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 (SR 0.440.4), dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes vom 16. Januar 1992 (SR 0.440.5), der Europäischen Charta vom 5. November 1992 der Regional- und Minderheitensprachen (SR 0.441.2) sowie dem Rahmenabkommen vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten (SR 0.441.1).

3.2.1.2 Kooperationen im audiovisuellen Bereich

Ebenfalls im Rahmen des Europarats beteiligt sich die Schweiz am paneuropäischen Förderungsfond Eurimages, der den Mitgliedstaaten Finanzhilfen an die Produktion, den Verleih, den Vertrieb und die Nutzung filmischer und audiovisueller Koproduktionen gewährt. Sie ist auch Mitglied des europäischen Filmförderungsprogramms MEDIA [2007] der Europäischen Union⁶, das für die Laufzeit 2007-2013 mit einem Gesamtetat von 755 Mio. Euro ausgestattet ist. Darüber hinaus hat die Schweiz Koproduktionsabkommen mit Deutschland und Österreich (trilaterales Abkommen), der Französischen Gemeinschaft Belgiens, Kanada, Luxemburg, Frankreich und Italien abgeschlossen. Sie ist auch Vertragspartei des von 38 Staaten ratifizierten Europäischen Übereinkommens vom 2. Oktober 1992 über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen (SR 0.443.2), das zur Anwendung kommt bei multilateralen Koproduktionen (zwischen drei und mehr Ländern) und bei bilateralen Koproduktionen mit Ländern, mit denen die Schweiz kein Abkommen hat. Diese Abkommen gestatten für die Schweizer Filmproduktion häufig unerlässliche Ko-Finanzierungen, da die Möglichkeiten der Mittelbeschaffung in der Schweiz begrenzt sind und das Publikum sprachlich fragmentiert ist. 2010 waren mehr als 40% der Schweizer Spielfilme das Ergebnis von Koproduktionen (siehe Statistik im Anhang).

3.2.1.3 Mobilität von Kulturgütern und Kulturschaffenden, Kulturaustausch

Die Schweiz zählt über 1'000 Museen und unzählige Privatsammlungen und gehört (nach den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich) weltweit zu den wichtigsten Kunsthandelsplätzen. Seit 2005 regelt das Kulturgütertransfergesetz (KGTG, SR 444.1) den Schweizer Kunstmarkt und den Kulturgütertransfer. Das KGTG erlaubt dem Bund unter anderem die Gewährung von Finanzhilfen für Projekte zur Erhaltung des kulturellen Erbes in andern Vertragsstaaten der UNESCO-Konvention von 1970 über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (Art. 14 Abs. 1 Bst. b).

Auf Bundesebene wird die internationale Mobilität der Kulturschaffenden und Kunstwerke von verschiedenen Institutionen gefördert. Die Kulturstiftung Pro Helvetia übernimmt den Grossteil der Subventionierungen des Kulturaustauschs. Sie unterstützt in Partnerschaft mit ausländischen Kulturinstitutionen jährlich in rund 100 Ländern über 1'000 Ausstellungen, Tournées, Festivalteilnahmen, Kongresse sowie Übersetzungen und Schweizer Kulturthemen gewidmete Forschungsprojekte. Sie baut hierzu ein Netzwerk von Verbindungsbüros (Johannesburg, Kairo, New Delhi, Shanghai, Warschau, ab 2015 Moskau) und Kulturzentren (Paris, Rom, San Francisco, New York) auf. Seit 2012 ist die Stiftung auch für die Organisation der Schweizer Präsenz an internationalen Buchmessen und Biennalen zuständig, etwa Venedig und Kairo. Pro Helvetia setzt für ihre Kulturzentren Verbindungsbüros in der Periode 2012-2015 insgesamt 29,9 Mio. und für den internationalen Kulturaustausch 29,6 Mio. Franken ein.

Verschiedene Verwaltungsstellen des Bundes leisten – direkt oder indirekt – einen Beitrag zur Mobilität und zum Kulturaustausch. Die Abteilung Menschliche Sicherheit des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt verschiedene Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte (Sarajevo Filmfestival, Internationales Filmfestival und Forum über Menschenrechte in Genf, Konferenz zu den Menschenrechten in Tunis usw.). Das Bundesamt für Migration (BFM) unterstützt jedes Jahr kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten mit einem Bezug zum Zuständigkeitsbereich des BFM (2011: Festival Monde de Couleurs de Porrentruy sowie Fotografie- und Dokumentarfilmprojekte). Das Netzwerk der Schweizer Vertretungen im Ausland widmet ebenfalls einen Teil seines Budgets der Organisation kultureller Veranstaltungen.

⁶ Abkommen vom 11. Oktober 2007 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft im audiovisuellen Bereich zur Festlegung der Voraussetzungen und Bedingungen für die Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am Gemeinschaftsprogramm MEDIA 2007 (SR 0.784.405.226.8)

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) hat einen nationalen Qualifikationsrahmen (NQR-CH) und eine Vorlage für Diplomzusätze erarbeitet, was zu mehr Transparenz und einer besseren Vergleichbarkeit von Abschlüssen beiträgt und die berufliche Mobilität begünstigt, auch im Kunst- und Kreativbereich.

3.2.1.4 Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des EDA ist für die Koordination der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Ihre gesetzlichen Grundlagen – das Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0) und das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1) – anerkennen Kultur als integralen Bestandteil des Entwicklungsprozesses⁷ und haben sie zu einem ausdrücklichen Ziel von Kooperationen zur Unterstützung von Transitionsprozessen. Die DEZA (EDA) stützt sich dabei auf einen weiten Kulturbegriff, der symbolische Wissens- und Verhaltensformen einschliesst (unter anderem Volkskultur und traditionelle Ausdrucksformen, Kunsthandwerk, mündliche Überlieferung und traditionelles Wissen). Sie achtet dabei auch auf die Möglichkeit für Entwicklungsländer, ihre Kreativindustrien zur Geltung zu bringen und weiter zu entwickeln.

Abgesehen von der kulturellen Dimension, die alle ihre Programme einfließt, hat die DEZA (EDA) in den vergangenen 30 Jahren in Ländern des Südens und des Ostens auch explizit kulturelle Tätigkeiten unterstützt. Diese hatten die Förderung der kulturellen Ausdrucksformen dieser Länder und des Kulturaustauschs zum Ziel. In der Schweiz haben diese Massnahmen zu einem besseren Verständnis der Kulturen des Südens und des Ostens geführt, die Solidarität mit ihnen gestärkt und in Zusammenarbeit mit diversen Festivals und Museen zur Unterstützung von Filmschaffenden, Bühnenkünstlern, Schriftstellern und bildenden Künstlern beigetragen. Wichtige Resultate wurden im Bereich des Films erzielt. Die anhaltende Unterstützung der DEZA (EDA) hat einen quantitativen und qualitativen Einfluss auf den Verleih von und die Nachfrage nach Filmen aus dem Süden und Osten in der Schweiz gehabt.

Seit 2010 verfügt die DEZA (EDA) erstmals über eine „Kulturstrategie“ (2012-2015) zur Förderung des Kulturaustauschs und der Kulturschaffenden aus dem Süden und Osten, die sich auf die Konvention bezieht. Diese Kulturstrategie ist nach zwei Hauptachsen gegliedert, die der Stossrichtung der Art. 14 und 16 der Konvention entsprechen und eine Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer vorsehen. In beiden Fällen besteht der angestrebte Effekt in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und/oder Demokratisierung der Partnerländer durch die Förderung ihrer freien Kulturszene und ihrer Kreativindustrien.

- **Achse A: Zugang der Kunstschaffenden des Südens und Ostens zum Schweizer und internationalen Markt und Publikum**

Dieses mit einem Budget von jährlich 3 Mio. Franken ausgestattete Programm wird am Sitz der DEZA (EDA) in der Schweiz betreut. Es wird zusammen mit einer Reihe professioneller Partner aus der Schweizer Kulturszene, grossen Film-, Musik, Bühnen- und Literaturfestivals, der Stiftung trigon-film oder dem Verein Artlink, umgesetzt. Damit soll den Kunstschaffenden und -produktionen des Südens und Ostens der Zugang zu den schweizerischen und den internationalen Kunst- und Kulturmärkten, den Netzwerken und dem entsprechenden Publikum erleichtert sowie die Kompetenzen der Kunstschaffenden und Kulturakteure von Entwicklungs- und in Transitionsprozessen befindlichen Ländern verbessert werden.

So wird etwa jedes Jahr am Internationalen Filmfestival von Locarno, dem grössten Schweizer Filmfestival, die Sektion „Open Doors“ organisiert, in deren Rahmen rund ein Dutzend Filmemacher aus dem Süden und Osten an einer Weiterbildungs- und Produktionswerkstätte teilnehmen, die mit einem Preis dotiert ist. Ein weiteres Beispiel ist der Fonds Visions Sud Est, welcher jedes Jahr die Produktion von rund zehn Autorenfilmen aus dem Süden und Osten unterstützt.

⁷ Gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe: „technische Zusammenarbeit, die im besonderen bezweckt, durch Vermittlung von Wissen und Erfahrung die Entfaltung der Menschen zu fördern und sie zu befähigen, ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft, mitzugestalten“.

- **Achse B: Kulturförderung in den Partnerländern**

Diese zweite Achse wird von den geografischen Abteilungen und Kooperationsbüros der DEZA (EDA) in Partnerschaft mit den nationalen und lokalen Behörden sowie Akteuren der ausländischen Zivilgesellschaft vor Ort, mit weiteren Kooperationsagenturen oder auch Schweizer Kulturinstitutionen (Pro Helvetia, Helvetas) umgesetzt. Sie verfügt über mindestens 1% der Mittel der Länderprogramme der DEZA (EDA), das heisst ungefähr 6 Mio. Franken pro Jahr. Unterstützt werden damit die Produktion und Verbreitung von Kulturgütern, die Stärkung der Kapazitäten und Institutionen, die Erleichterung des politischen Dialogs über die Rahmenbedingungen, die Schaffung von Netzwerken sowie die Förderung des „Nord-Süd“- und „Süd-Süd“-Austauschs.

In diesem Rahmen werden unter anderem drei grosse regionale Kulturprogramme im Westbalkan, in Zentralasien und in Südafrika realisiert, deren eines Ziel die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts durch kulturelle Zusammenarbeit ist. Auf Länderebene werden auch spartenspezifische Projekte durchgeführt, wie etwa die Unterstützung der darstellenden Künste in Burkina Faso.⁸ Schliesslich fördert die DEZA (EDA) auch Reflexionsarbeit wie die Aktionsforschung von FOCAL zur Finanzierung der Filmproduktion in Westafrika.

Weitere Bundesstellen leisten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags einen Beitrag zur Kulturförderung in den Partnerländern (zum Beispiel das Eidgenössische Institut für geistiges Eigentum (IGE) bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), insbesondere durch einen substantiellen Beitrag an den freiwilligen Fonds der WIPO zur Unterstützung der Teilnahme von Vertretern autochthoner Gemeinschaften an Verhandlungen des zuständigen Komitees für die traditionellen kulturellen Ausdrucksformen, oder das EDA mit der Unterstützung verschiedener Projekte zur Förderung und zum Schutz von Minderheiten im Kosovo).

Auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat ein Mandat im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es unterstützt nachhaltige Industrien und den nachhaltigen Handel, namentlich kulturelle Güter und Dienstleistungen in Partnerländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Stärkung der lokalen Kompetenzen zur Entwicklung kommerzialisierbarer kultureller Güter und der mit den Ethno-Mode- und Tourismusindustrien verbundenen kulturellen Dienstleistungen steht im Zentrum der Tätigkeiten in diesem Bereich und stellt einen Beitrag zur Entwicklung der Kulturindustrien im Sinne von Art. 14 der Konvention dar. Als zuständige Bundesstelle für das Aushandeln von Handelsverträgen für die Schweiz achtet das SECO darauf, dass die Schweizer Handelspolitik mit den Grundprinzipien der Konvention in Einklang steht. Diese Grundprinzipien sind jedoch nicht Gegenstand der Handelsverträge.

3.2.2 Internationale Kooperationen der Städte und Kantone

Die internationalen Kooperationsmassnahmen der Schweizer Städte und Kantone umfassen eine breite Palette an Initiativen, welche die Mobilität der Kulturschaffenden und den Zugang kultureller Ausdrucksformen aus dem Ausland zum Schweizer Markt begünstigen – Beweis dafür, dass ihre Autonomie an sich schon Quelle einer grossen Vielfalt ist. Wiederum nur beispielhaft können folgende Initiativen genannt werden:

Der **Kanton Genf** hat eine eigenständige Lösung gefunden. Nebst kulturellen Massnahmen im eigentlichen Sinne (Unterstützung des Kulturaustauschs, Vergabe von Residenzen in Berlin, Barcelona, New York), hat dieser Kanton 2001 ein Gesetz „über die Finanzierung der internationalen Solidarität“ verabschiedet und 2003 einen zuständigen Dienst eingerichtet. Dieser bemüht sich, „die Nachhaltige Entwicklung zu fördern, um zur Armutsbekämpfung in den weniger begünstigten Ländern beizutragen und die sozioökonomischen Ungleichheiten, die Diskriminierung und die Ausgrenzung einzudämmen. Die unterstützten Entwicklungsprojekte müssen [...] die Entfaltung der Bevölkerungen unter Achtung der kulturellen Vielfalt begünstigen sowie die Demokratie und die Umsetzung der Menschenrechte fördern.“ 2010 wurden 5% des Budgets von total rund 16 Mio. Franken für Kultur- und Sensibilisierungsprojekte eingesetzt. Subventioniert wurden unter anderem diverse Genfer Festivals (Festival Black Movie, Festival International du Film Oriental de Genève, Festival du Film et Forum International sur les Droits Humains usw.). Auch die **Stadt Genf** unterstützt einige dieser dem „Film aus anderen Welten“ gewidmeten Festivals sowie ein Bauprojekt für eine Bibliothek in Benin. Ausserdem finanziert sie im Bereich der Ethnobotanik und der Umweltbildung Kooperationsprogramme des Conservatoire et Jardin botaniques de la Ville mit Partnerstädten wie Asunción, Dakar und La Paz. Schliesslich finanzieren Kanton, Stadt und Genfer Gemeinden durch ihre Unterstützung der Fédération genevoise de coopération (FGC) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Süden Kulturprojekte von Genfer Nichtregierungsorganisationen.

⁸ Die Ergebnisse einer Umfrage zur Umsetzung des « Kulturprozentprinzips » im Jahr 2009 sind verfügbar unter www.deza.admin.ch.

Selbiges trifft auf den **Kanton Waadt** zu, wo die **Stadt Lausanne** und verschiedene Waadtländer Gemeinden die *Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO)*⁹ unterstützen. Verschiedene Projekte der im Osten und Süden tätigen Mitglieder der Genossenschaft (Nichtregierungsorganisationen) beinhalten kulturelle Elemente.

Zahlreiche Kantone unterstützen die Mobilität der Kulturschaffenden (Obwalden, Schwyz, Zug, Aargau, Thurgau, Luzern, St. Gallen, Zürich, Graubünden, Waadt, Wallis usw.). Der **Kanton Bern** stellt beispielsweise Künstlerateliers und -studios in New York, Paris, Berlin und Brüssel zur Verfügung, von denen gewisse ausdrücklich französischsprachigen Kulturschaffenden vorbehalten sind. Sie werden jedes Jahr im Rahmen von Auslandstipendien an professionelle Kulturschaffende der verschiedenen Sparten vergeben. Der **Kanton Aargau** bietet Atelieraufenthalte in Berlin, London und Paris an. Er unterstützt über die Plattform *artists in residence ch* Aufenthalte ausländischer Kulturschaffender (vornehmlich aus Indien und Palästina) in Aarau und stellt im Literaturhaus Lenzburg Ateliers zur Verfügung. Der **Kanton Obwalden** schreibt viermonatige Aufenthalte in den Zentralschweizer Ateliers in New York und Berlin aus, zusammen mit den **Kantonen Nidwalden, Schwyz, Uri, Luzern** und **Glarus**. Seit 2005 unterstützt Obwalden das internationale Volkskulturfest Obwald und erleichtert so den Zugang ausländischer Kulturschaffender zur Schweizer Szene. Eine ähnliche Stossrichtung verfolgt der **Kanton Uri**, der das internationale Musikfestival Alpentöne und das Volksmusikfestival Altdorf unterstützt.

Die Kantone Thurgau, St. Gallen, Schaffhausen, Appenzell Inner- und Ausserrhoden und Zürich sind in der **Internationalen Bodenseekonferenz** zusammengeschlossen, zu der auch das deutsche Bundesland Baden-Württemberg, der Freistaat Bayern, das österreichische Land Vorarlberg sowie das Fürstentum Lichtenstein gehören. Die Konferenz verleiht unter anderem Preise und Auszeichnungen, fördert die Begegnung zwischen den Kulturschaffenden und organisiert Foren zu kulturellen Themen.

Besonders dynamisch gestaltet sich der Austausch in den grossen städtischen Zentren, wie das Beispiel der **Region Basel** zeigt, wo die Christoph Merian Stiftung 1986 ein internationales Austausch- und Atelierprogramm ins Leben gerufen hat, das unter anderem auch von den Kantonen Base-Stadt und Baselland finanziert wird. Seit 2004 bietet diese Stiftung bildenden Künstlern aus der Region Basel und dem deutschen Südbaden drei verschiedene Programme an. Der Austausch erfolgt in Kooperation mit Partnerstädten wie New Delhi, Helsinki, Johannesburg, Montreal, New York, Peking, Rotterdam, Kapstadt oder Douala (Kamerun) und Fremantle (Australien). Doch eine geringere Nähe zu den Zentren der Schweizer Kulturszene ist nicht automatisch mit weniger Austausch gleichzusetzen. Dies beweist das Beispiel des **Kantons Jura** und seine „Kulturpolitik der Öffnung“, die in Kooperation mit dem Territoire de Belfort (Frankreich) zur Einrichtung des Fonds de coopération culturelle geführt hat sowie zur Lancierung eines vierjährigen Programms mit der Französischen Gemeinschaft Belgiens (2010-2013), das belgischen und jurassischen Kulturschaffenden erlauben soll, gemeinsam Projekte zu verwirklichen.

Des weiteren sind originelle Initiativen wie jene der **Stadt Zürich** zu erwähnen, die internationale Kooperationen im Kulturbereich zu einer strategischen Priorität der kommenden Jahre gemacht hat (Leitbild Städtische Kulturförderung 2012-2015). Sie strebt vermehrt Kontakte mit dem Ausland an, um grössere Veranstaltungen organisieren zu können, die geeignet sind, den Kulturaustausch anzuregen und das kulturelle Renommee Zürichs, namentlich im Tanzbereich, zu festigen. So bewirbt sich die Stadt als Gastgeberin der Manifesta 2016, einer der bedeutendsten europäischen Veranstaltungen für Gegenwartskunst. Eine ähnliche Dynamik ist in anderen grösseren Schweizer Städten wie **Lausanne** festzustellen. Ein „reiches und vielfältiges ständiges Kulturangebot in den verschiedenen Künsten“ bildet 2009-2013 eines der wichtigsten städtischen Promotionsinstrumente. Zu diesem Zweck werden sowohl die lokalen Aktivitäten als auch die internationalen Austauschprojekte verschiedener renommierten Institutionen gefördert (Béjart Ballet Lausanne, Collection de l'Art Brut, Musée Olympique, Théâtre Vidy-Lausanne, Prix de Lausanne pour les jeunes danseurs usw.). In einem städtischen Kontext wird also die Mobilität von Kulturschaffenden und Institutionen als eine grosse Chance gesehen, das Image einer Stadt in touristischer und ökonomischer Hinsicht zu bewerben.

Zahlreiche weitere Schweizer Städte unterstützen des Austausch von Kulturschaffenden, vornehmlich mittels eines Atelierangebots, wie die Stadt Luzern, die Partnerschaften mit Chicago, Cieszyn, Guebwiller/Murbach, Olomouc und Potsdam eingegangen ist, um den Austausch von Kulturschaffenden und Ausstellungen zu fördern. Dies gilt auch für kleine Städte wie **Köniz** (Kanton Bern), das im Bereich der musikalischen Bildung und der Bibliotheken eine Gemeindepartnerschaft mit Prijepolje (Serbien) unterhält.

⁹ Yverdon-les-Bains überweist der FEDEVACO beispielsweise jedes Jahr 2 Franken pro Bewohner, das heisst rund 50'000 Franken.

3.2.3 Internationale Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft

Obschon dieser Teil des Berichts nicht dazu bestimmt ist, die internationalen Kooperationen der Zivilgesellschaft darzustellen, verdient sie an dieser Stelle einen eigenen Abschnitt. Denn viele Organisationen sind insbesondere international aktiv und ergänzen die öffentliche Hand auf wirksame Weise. Dies obwohl die Schweiz nicht am Programm „Kultur“ (2007-2013) der Europäischen Union teilnehmen kann, was die Möglichkeiten der Zusammenarbeit für Schweizer Kulturschaffende einschränkt.

Die Schweizer Antenne von Traditions pour Demain arbeitet regelmässig mit dem Netzwerk der Kooperationsbüros der DEZA (EDA) im Ausland zusammen, um sie mit Kulturschaffenden in Kontakt zu bringen, die mit jenem Prozent des Budgets unterstützt werden könnten, das die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit für kulturelle Projekte vorsieht. Traditions pour Demain realisiert selber auch Kooperationsprojekte, die insbesondere auf die Erleichterung des Zugangs ausländischer Kulturgüter und Kulturschaffender zum Schweizer Markt abzielen. So unterstützt sie das Festival Filmar en América Latina, das auch von den Genfer Behörden und von der DEZA (EDA) finanziert wird. Seit 1986 hat sich die Organisation in Lateinamerika an knapp 500 Projekten zur kulturellen Selbstvergewisserung autochthoner Gruppen oder Völker beteiligt (kulturelle Ausdrucksformen, Bildung oder Förderung der Medien).

In einem ähnlich engen Verhältnis zur DEZA (EDA), von der sie hauptsächlich subventioniert wird, arbeitet die Organisation Artlink. Mittels Defizitgarantien und Projektbeiträgen fördert ihr SüdKulturFonds Musikproduktionen und -veranstaltungen mit Kulturschaffenden aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa (nicht EU-Länder). Sie schliesst auch Leistungsverträge mit den Hilfswerken Brot für alle und Fastenopfer für Kooperationsprojekte mit Kunstschaftern aus dem Süden und Osten ab und betreibt ausserdem zusammen mit Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in Frankfurt Literaturförderung.

Die Stiftung Weiterbildung Film und Audiovision FOCAL ist von der DEZA (EDA) beauftragt worden, das Programm „Avanti“ umzusetzen, das Filmschaffende im Südkaukasus (Georgien, Aserbaidschan, Armenien) in kreativen, rechtlichen und technischen Belangen unterstützt. Das Projekt soll unter anderem den Filmsektor wiederbeleben und die Beziehungen zwischen den drei Ländern festigen. Der Zustand der georgischen Filmindustrie hat sich 2011 beträchtlich verbessert. In den zwei anderen Ländern sind die Resultate hingegen weniger deutlich sichtbar, obwohl das Programm zur Entwicklung einer unabhängigen Produktion und eines filmischen Know-how beigetragen hat. Die DEZA (EDA) hat zwischen 2001 und 2011 nahezu 4 Mio. Franken in dieses Projekt investiert. FOCAL ist im Rahmen des zu 50% von der DEZA (EDA) finanzierten „Fonds Succès Cinéma Burkina Faso“ seit 2010 auch für den Aufbau einer automatischen, erfolgsabhängigen Filmförderung zuständig, die sich derzeit in der Testphase befindet. Die Stiftung FOCAL wird auch mit jährlich 1,2 Mio. Franken zugunsten von Weiterbildungsmassnahmen für die Filmberufe subventioniert.

Ein weiteres Beispiel ist der Schweizerische Verband für Kinder- und Jugendtheater (astej), der mit italienischen, französischen, deutschen und österreichischen Partnern zusammenarbeitet und sich im Rahmen des Internationalen Dachverbandes (assitej) auch an Austauschprogrammen, Tagungen und am Informationsaustausch beteiligt. Die astej widmet sich seit 2008 auch der Frage des Theaters in der Migrationsgesellschaft (Schwerpunkt im Rahmen des Theaterfestivals für Kinder und Jugendliche SPOT 2010 in Basel; im Rahmen des Programms „Orient meets Okzident“ des Vorstadttheaters Basel entwickeltes Theaterprojekt an Schulen). Der Verband Schweizer Volksmusik (VSV) engagiert sich, und dies häufig mit eigenen Mitteln, seinerseits für Treffen, welche die Folklore in den Mittelpunkt stellen. Im Rahmen seiner Nachwuchsförderung organisiert er auch Kurse im Ausland.

N.B.: Eine von im Bereich des künstlerischen Austauschs tätigen Organisationen genannte Herausforderung betrifft die Visumserteilung. Sie kritisieren regelmässig die Schwerfälligkeit der eingeladenen Künstlern aufgezwungenen Verfahren und erachten diese Situation für mit Art. 16 der Konvention nicht vereinbar.

3.3 Die Integration der Kultur in die Politik der nachhaltigen Entwicklung

3.3.1 Der Handlungsrahmen des Bundes

Die Bundesverfassung erklärt die nachhaltige Entwicklung zu einem nationalen Ziel (Art. 2 Abs. 2 BV) und ermahnt Bund und Kantone, ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Beanspruchung durch den Menschen anzustreben (Art. 73 BV). Der Bundesrat hat eine mehrjährige Strategie für die nachhaltige Entwicklung erarbeitet, begleitet vom Nachhaltigkeitsmonitoring MONET (für „Monitoring nachhaltige Entwicklung“), das die nachhaltige Entwicklung in der Schweiz statistisch erfasst und auswertet.¹⁰ Das Monitoring gründet auf drei qualitativen Zielen (gesellschaftliche Solidarität, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verantwortung), die ihrerseits durch 45 Postulate präzisiert werden. Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten und die kulturellen Aktivitäten von Laien fungieren als Indikatoren für die Messung von mehreren Postulaten gesellschaftlicher Solidarität: die Notwendigkeit der Integration aller Bevölkerungsgruppen in das kulturelle Leben (Postulat 4c), die Förderung des Austauschs zwischen den Einzelnen und den Gruppen sowie die Partizipation der Einzelnen am gesellschaftlichen und politischen Leben (Postulate 5a und 5b) und die langfristige Erhaltung und Vermehrung des kollektiven Wissens und soziokulturellen Erbes (Postulat 7a).

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit hat als oberstes Ziel ebenfalls die globale nachhaltige Entwicklung und die Reduktion der Armut. Die Berücksichtigung der kulturellen Dimension ist integraler Bestandteil der Arbeit der DEZA (EDA) und ihres Dialogs mit den Behörden und der Zivilgesellschaft in den Partnerländern (siehe Abschnitt 3.2.1.4).

Die Kantone und die Städte verfügen über ein eigenes Indikatorensystem für die nachhaltige Entwicklung. Die Plattform „Cercle Indicateurs“, an welcher 19 Kantone und 18 Städte beteiligt sind, wird vom Bund mitfinanziert und verwendet. Sie enthält auch einen Indikator zu den Ausgaben für Kultur und Freizeit.

3.3.2 Die Initiativen der Kantone und Gemeinden

Die **Stadt Genf** ist bezüglich der Integration der Kultur in die nachhaltige Entwicklung beispielhaft und besonders weit fortgeschritten. Als Unterzeichnerin der Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg) hat sie seit ihrem Beitritt 2008 eigene Überlegungen zur Integration der Kultur angestellt. Von 13 zu diesem Zweck formulierten vorrangigen Zielen behandelt das zwölfte die Kultur und beinhaltet drei Komponenten: 1) den Aufbau eines Programms „Behinderung und Kultur“, 2) die Entwicklung ethischer Richtlinien in den Museen und 3) der Ausbau der kulturellen Infrastruktur im Bereich des Kulturerbes, des Angebots an Veranstaltungsorten (für das Publikum) und an Arbeitsstätten (für die Kulturschaffenden) an insgesamt 17 Standorten. Das Kultur- und Sportdepartement hat sich ausserdem auf die Punkte 5 (Biodiversität) und 9 (Massnahmen zugunsten von Nachbarschaften) des städtischen Umsetzungsprogramms der Charta von Aalborg verpflichtet. Die Stadt Genf plant diese Ansätze während der Legislaturperiode 2011-2014 und auch darüber hinaus längerfristig weiterzuentwickeln. Genf ist im übrigen die einzige Schweizer Stadt, die sich der Agenda 21 für Kultur angeschlossen hat. Der **Kanton Genf** verfügt seinerseits über ein Gesetz über öffentliche Massnahmen für die nachhaltige Entwicklung. Obschon darin die Kultur nicht explizit erwähnt ist, wird die Ausrichtung sämtlicher behördlicher Massnahmen auf die nachhaltige Entwicklung zum Ziel erklärt. Zudem erarbeitet der Kanton derzeit einen Gesetzesentwurf, der die Rolle des Staates bei der Förderung der Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen umreissen soll.

Die Agenda 21 zugunsten der nachhaltigen Entwicklung ist auf kantonaler und kommunaler Ebene vielerorts zur Leitlinie öffentlichen Handelns geworden. Die Umsetzung beinhaltet oft eine kulturelle Komponente, wie im Fall der **Städte Freiburg** und **Yverdon-les-Bains**. Die Juragenda21 des **Kantons Jura** existiert beispielsweise seit 2004. Ihre Ziele der gesellschaftlichen Solidarität und Stärkung des sozialen Zusammenhalts orientieren sich am Projekt MONET (Cadre de référence cantonal de développement durable 2006). Entsprechende Postulate betreffen die Rechte der Person („Jedes Individuum hat das Recht auf ein Leben in Würde und auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Demokratie, das Recht und die kulturelle Vielfalt sind garantiert.“), die Chancengleichheit („Niemand darf aufgrund sichtbarer oder nicht-sichtbarer Eigenschaften das Opfer von Diskriminierungen werden; die Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen oder Regionen in das wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben muss gefördert werden.“) oder die internationale Solidarität, die Entwicklung und die Erhaltung des Humankapitals („Das kollektive Wissen und das soziokulturelle Erbe müssen gefördert und nachhaltig gemehrt werden.“).

¹⁰ <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/01.html>

Der **Kanton Bern** hat sein Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2007-2010 am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet und setzt sieben Schwerpunkte. Die Berner Kulturstrategie, die sich als Ziel gesetzt hat, das reichhaltige kulturelle Angebot und Erbe zu erhalten, nachhaltig zu fördern und besser sichtbar zu machen, knüpft an deren vier an (Kulturstrategie für den Kanton Bern, 2009). Diese Prioritäten sind die Innovation (die Kultur als bedeutende Reflexions- und Inspirationsquelle trägt zu einem innovationsfreundlichen Klima für die Wirtschaft und die Gesellschaft bei), die hohe Bildungsqualität (die Kultur trägt dazu bei, die eigene Identität zu entfalten, sich gesellschaftlich zu integrieren und die Zukunft als Chance zu begreifen), der Zusammenhalt (die Kultur ist in den Agglomerationen sowie in den ländlichen Räumen verankert und präsent und wird in ihrer Vielfalt gefördert) und die Gesellschaftspolitik (die Kultur trägt als wichtige Voraussetzung für Lebensqualität und aktive Freizeitgestaltung zu einer selbstbestimmten Lebensführung bei).

3.4 Der Schutz von bedrohten kulturellen Ausdrucksformen

Die Schweiz hat bis auf den heutigen Tag dem Zwischenstaatlichen Komitee von keiner besonderen Situation berichtet, in der kulturelle Ausdrucksformen in ihrem Hoheitsgebiet bedroht oder ernsthaft gefährdet sind, wie es Art. 8 der Konvention vorsehen würde. Die Erstellung der Inventarliste der lebendigen Traditionen in der Schweiz im Rahmen der Umsetzung der UNESCO-Konvention von 2003 zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes dürfte diesbezüglich erste Denkanstösse vermitteln.

Denn der Bund macht die lebendigen Traditionen 2012-2015 zu einem Schwerpunkt seiner kulturpolitischen Strategie. Das BAK wird deshalb unter anderem die Organisationen von kulturell tätigen Laien auf die Ziele der UNESCO-Überkommen verpflichten und die Sichtbarkeit der lebendigen Traditionen verstärken (Unterstützung von Organisationen, Anlässen und Projekten). Die Kulturstiftung Pro Helvetia wird die Begegnung zeitgenössischer und traditioneller Kultur, namentlich der Volkskultur, sowie regionale Kulturinitiativen fördern. Die Schweizerische Nationalbibliothek und das Schweizerische Nationalmuseum beteiligen sich mit eigenen Massnahmen an diesem Schwerpunkt.

Auch verschiedene Regionen sind bereit, gefährdete kulturelle Ausdrucksformen vermehrt zu berücksichtigen. So hat der **Kanton Waadt** Mitte Januar 2012 vor dem Hintergrund des nationalen Inventarisierungsprozesses seine eigene Liste von 69 lebendigen Traditionen des Waadtländer immateriellen Kulturerbes vorgestellt.¹¹ Er hat ausserdem seine Absicht kundgetan, Massnahmen zur Bewahrung und Vermittlung von potentiell vom Verschwinden bedrohten kulturellen Praktiken und Fachwissen zu treffen, sobald der neue Entwurf des Gesetzes über das mobile und immaterielle Kulturerbe verabschiedet worden ist; voraussichtlich bereits 2012.

Der **Kanton Genf** hat in Zusammenarbeit mit der Ecole d'horlogerie de Genève bereits Erhaltungsmassnahmen für bedrohte, auf die sogenannte Fabrique zurückgehende Berufe ergriffen – spezifisches Genfer Fachwissen aus dem Bereich des Uhrmacher- und Goldschmiedehandwerks.

In der Zentralschweiz (unter anderem in den **Kantonen Uri, Obwalden, Schwyz und Zug**) ist ein besonders ausgeprägtes Bewusstsein für die Erhaltung von Traditionen ländlichen Ursprungs zu beobachten. Dies äussert sich konkret in der Förderung von Volkskulturanlässen, deren aktueller Boom in der Schweiz und neuere Tendenzen (z.B. Fastnacht, Volkstanz, Volksmusik) besondere Aufmerksamkeit geniessen. Der Kanton Schwyz vertritt ausdrücklich die Auffassung, dass kantonale Kulturpolitik zwar die Erhaltung Identität stiftender kultureller Traditionen unterstützen soll, jedoch ihre Weiterentwicklung nicht verhindern darf. Gewisse Regionen der Deutschschweiz (unter anderem die **Kantone Glarus, Uri und Appenzell Innerrhoden**) sind besonders darauf bedacht, ihre ursprünglichen Dialekte zu bewahren.

¹¹ Auch die Kantone Aargau, Solothurn, Uri und Bern unternehmen es, eigene regionale Listen zu erstellen.

4 Sensibilisierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft

4.1 Das Engagement des Bundes im Überblick

Die Erarbeitung der Konvention wurde von den Schweizer Kulturorganisationen aufmerksam verfolgt. Um die Positionen der verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft zu eruieren, hat die Schweizerische UNESCO-Kommission in Partnerschaft mit Traditions pour Demain und der Erklärung von Bern drei Anhörungen durchgeführt (August 2004, Januar 2005, April 2005). Es ist namentlich dieses Vorgehen, das es der Schweiz erlaubt hat dafür zu plädieren, dass die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft in die Konvention aufgenommen wird (Art. 11), damit eine partizipative Umsetzung der Konvention gewährleistet ist. In seiner Botschaft vom 21. September 2007 zum Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (BBI 2007 7297) hielt der schweizerische Bundesrat fest, dass „[d]er Staat [...] nicht alleine zum Schutz und zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt beitragen [kann], auch die Zivilgesellschaft hat ihren Teil zu leisten.“

Unter den Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Sensibilisierungsaktivitäten im Nachgang zur Ratifikation der Konvention von 2005 sind die substantielle sowohl finanzielle als auch konzeptionelle Unterstützung des Bundes von verschiedenen Initiativen der Zivilgesellschaft zur Diskussion der Konvention und ihrer Umsetzung zu nennen. So wurde das 2011 von der Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt (siehe auch Abschnitt 4.3) organisierte Forum „Kulturelle Vielfalt für nachhaltige Entwicklungen“, das zu einer breiten Teilnahme der Zivilgesellschaft geführt hat, gemeinsam von der DEZA (EDA), der Schweizerischen UNESCO-Kommission und dem Bundesamt für Kultur unterstützt. Der von der Schweizerischen UNESCO-Kommission und der Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt 2009 verfasste Bericht „Kulturelle Vielfalt – mehr als ein Slogan“ wurde ausser von der Kommission auch mit namhaften Beiträgen des Bundesamtes für Kultur und mehrerer Schweizer Städte und Kantone finanziert. Auch die zur Erarbeitung des vorliegenden Berichts organisierte Konsultation wurde vom Bund angeregt.

Diesbezüglich ist zu erwähnen, dass die Gesetzgebungsverfahren in der Schweiz ausgesprochen partizipativ ausgestaltet sind und verlangen, dass die interessierten Kreise zwingend in die politischen Reflexionsprozesse einbezogen werden. Die lange demokratische Tradition, aber auch eine vergleichsweise geringe Bevölkerungszahl, eine hohe Alphabetisierungsrate und ein vielfältiges Medienangebot ermöglichen weitreichende Mitbestimmungsrechte. Der Umfang dieser Rechte ist im Bundesgesetz über die politischen Rechte von 1976 (BPR, SR 161.1) und im Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren (VIG, SR 172.061) festgeschrieben. Ein Vernehmlassungsverfahren bezweckt die Beteiligung der Kantone, der politischen Parteien und der interessierten Kreise an der Erarbeitung von Bundesentscheiden und erlaubt es, über die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens des Bundes Aufschluss zu geben (Art. 2 VIG). Ein solches Verfahren findet namentlich statt bei der Vorbereitung von Verfassungsänderungen, Bundesgesetzen und gewissen völkerrechtlichen Verträgen sowie von anderen Vorhaben, die von grosser politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite sind (Art. 3 VIG).

4.2 Das Engagement von Kantonen und Gemeinden im Überblick

Die kantonalen und kommunalen Gesetzgebungsverfahren sind wie jene des Bundes partizipativ angelegt (vgl. Abschnitt 4.1) und fordern von den politischen Akteuren den Einbezug der interessierten Kreise. Aus diesem Grund entwickeln Kantone und Gemeinden ihre Kulturförderungsmassnahmen in der Regel in engem Austausch mit der Kulturszene. Es ist ausserdem festzuhalten, dass mehrere Schweizer Städte dank regelmässiger Begegnungen einen strukturierter Austausch zwischen der Zivilgesellschaft und den Behörden kennen. Dies ist etwa in **Thun** der Fall, wo jedes Jahr ein partizipatives Kulturforum zu einem vorgegebenen Thema organisiert wird („Thuner Kulturforum“).

In diesem Sinne wurde die Zivilgesellschaft beispielsweise für die Erstellung der schweizerischen und regionalen Inventare des immateriellen Kulturerbes in allen Kantonen eingehend konsultiert. Der **Kanton Waadt** hat zudem innerhalb der Verwaltung, bei den kulturellen Organisationen und den Kulturschaffenden Sensibilisierungsarbeit zur Konvention von 2005 geleistet. Die Waadtländer Zivilgesellschaft wird im Rahmen von Tagungen regelmässig zur Teilnahme an der kulturpolitischen Reflexion eingeladen. Sie wird vom Kanton finanziell unterstützt, wenn sie Kulturprojekte realisiert, die im Einklang mit der Politik des Kantons stehen.

Der **Kanton Obwalden** hat seinerseits die Zivilgesellschaft in die Erarbeitung seiner kulturpolitischen Richtlinien und seines Förderungskonzepts einbezogen, indem er rund 50 Interviews mit Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten geführt hat. Die Waadtländer Gemeinde **Yverdon-les-Bains** ist ähnlich vorgegangen und hat mit einer repräsentativen Bevölkerungsgruppe gegen 50 Interviews zur Integrationspolitik der Stadt geführt. Ausserdem unterstützt die Gemeinde seit 30 Jahren die Commission Consultative Suisses-Immigrés – ein mit ausländischen Staatsbürgern

und -bürgerinnen besetztes, von ihren Landsleuten demokratisch gewähltes kommunales Organ mit konsultativer Funktion, das sich zu verschiedenen Aspekten des Gemeindelebens äussert. Parallel zur Vermittlungsarbeit mit einigen ihrer Kulturinstitutionen hat die **Stadt Genf** ein Konsultationsverfahren zu den kulturellen Zielen der Charta von Aalborg durchgeführt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Konvention von 2005 bei den Schweizer Kantonen und Gemeinden zu keinem Paradigmenwechsel geführt hat, weil Sensibilisierungsmassnahmen und Partizipationsmechanismen schon längst fest implementiert sind. Wie sich im Abschnitt 4.3 zeigt, ist diese Errungenschaft an sich aus der Sicht der Zivilgesellschaft nicht ausreichend. Der Kanton Obwalden stellt fest, auch mit Blick auf viele andere Kantone, dass Kulturförderung und kulturelle Vielfalt über eine lange Tradition verfügten, die erkläre, weshalb die Konvention zu keinen direkten Reformen und zu nur wenigen Sensibilisierungsprojekten geführt habe. Gleichwohl stuft dieser Kanton die Rolle der Konvention als zentral ein, weil sie zu besserer Legitimation der öffentlichen Kulturförderung beiträgt.

4.3 Sensibilisierung und Beteiligung – die Sicht der Organisationen

Im Kontext der Erarbeitung der Konvention, die Gegenstand mehrerer von der Schweizerischen UNESCO-Kommission initiiert und sich an die Zivilgesellschaft richtender Anhörungen war, wurde am 28. September 2005 die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt gegründet, die zahlreiche Berufsverbände, namentlich aus dem Kulturbereich, umfasst und sich zu den rund 40 nationalen Koalitionen gesellte, die in der Internationalen Föderation der Koalitionen für kulturelle Vielfalt zusammengeschlossen sind.

Im Rahmen der Konsultation zum vorliegenden Bericht hat die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt eine gemeinsame Stellungnahme (partiell oder vollständig) mehrerer ihrer Mitglieder angeregt. Was die Qualität der Information anbelangt, anerkennt diese Stellungnahme, dass die wichtigsten Kulturorganisationen über die Erarbeitung der Konvention von Beginn an informiert waren, da alle Dachverbände in die Arbeiten einbezogen worden waren. Gleichwohl beklagen die Organisationen der Zivilgesellschaft, dass nach der Ratifikation der Konvention durch die Schweiz keine Informationskampagne entwickelt worden sei, um die Ziele der Konvention bei der Bevölkerung bekannt zu machen. Sie erwähnen zwar die grosszügigen punktuellen Finanzhilfen zugunsten gewisser Sensibilisierungsaktionen (siehe Abschnitt 4.1), erachten die Anstrengungen der Behörden zur Information über die Konvention und deren Umsetzung aber als unzureichend.

Die Koalition und einige seiner Mitglieder formulieren Empfehlungen zur besseren Information der Zivilgesellschaft: Sensibilisierungsmassnahmen an Schulen und die Unterstützung von in diesem Bereich tätigen Organisationen; die Schaffung eines zivilgesellschaftlich geführten Observatoriums der kulturellen Vielfalt (präzisiert im Bericht „Kulturelle Vielfalt – mehr als ein Slogan“, S. 41); die Einführung eines Tages der kulturellen Vielfalt (wie in Deutschland am 21. Mai); die Einsetzung eines „Kulturrates“ oder eines Gremiums, das die mit dem Vollzug der Konvention befassten Parteien versammelt, gemäss Art. 11 der Konvention in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft; schliesslich die regelmässige Durchführung von Umfragen zur Lage der kulturellen Vielfalt in der Schweiz bei Kulturschaffenden und Organisationen.

Die Organisation Traditions pour Demain erachtet es als notwendig, die Nicht-Regierungsakteure der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit besser über die Konvention und seine Implikationen zu informieren und ihnen spezifische Unterstützung zu gewähren. Sie erachtet auch eine an den privaten Kultursektor (Festivals, Produzenten, Veranstalter etc.) gerichtete Information als wünschenswert und plädiert für die Schaffung von Foren, wo die interessierten Kreise (NGO, privater Sektor, mit Kultur, Entwicklungszusammenarbeit und Handel befasste Behörden) sich austauschen und Kooperationen eingehen können. Unter den Empfehlungen weiterer Organisationen sind besonders zu erwähnen: spezifisch an die Jugend gerichtete Programme (Artlink, ASDF); Integrationsmassnahmen zugunsten von Laien sowie Migrantinnen und Migranten, namentlich durch die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten in die Kulturförderungsgremien und die erleichterte Erteilung von Visa und Arbeitsverträgen (Artlink, FSSTA).

Mehrere Organisationen betonen die wichtige und proaktive Rolle, welche die Zivilgesellschaft seit der Ratifikation der Konvention mit Anfragen bei und im Dialog mit den Behörden über deren Umsetzung spielt. Dieser Einsatz habe unter anderem zur Stärkung der Stellung der Kultur in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit beigetragen.

N.B.: Die meisten erwähnten Organisationen setzen in ihrem Tätigkeitsbereich entsprechende Sensibilisierungsmassnahmen um, wie etwa das von der Agentur ArtLink erarbeitete Programm „Kunst für Kids“. Die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt wirkt im Rahmen der Fédération internationale des coalitions pour la diversité culturelle. Sie hat ausserdem die Broschüre „Auf dem Weg zum weltweiten Schutz der kulturellen Vielfalt“ herausgegeben.

5 Wichtigste bei der Umsetzung der Konvention erzielte Resultate und Herausforderungen

N.B.: Die in diesem Abschnitt aufgeführten Herausforderungen sind eine Zusammenfassung von Bemerkungen in den Antworten zum Fragebogen sowie von Rückmeldungen anlässlich der zur Diskussion des Entwurfs des vorliegenden Berichts von der Schweizerischen UNESCO-Kommission organisierten öffentlichen Tagung vom 15. März 2012.

5.1 Wichtigste Resultate und Herausforderungen: Kulturpolitische Massnahmen

Aus dem vorliegenden Bericht geht klar hervor, dass das Rechtssystem der Schweiz die Bedeutung des Prinzips der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen auf vorbildliche Weise anerkennt und respektiert. Das Bundesgesetz vom 11. Dezember 2009 über die Kulturförderung ist hierfür ein gutes Beispiel, und verschiedene kantonale und kommunale Initiativen zeugen von derselben Haltung. Die starke gesetzliche Verankerung des Prinzips der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen widerspiegelt sich in der häufigen Nennung dieses Prinzips als ein Leitmotiv der Kulturpolitiken. Somit sind die Vielfalt des Angebots und der erleichterte Zugang zur Kultur auf der Ebene des Bundes, der Kantone und Gemeinden im Allgemeinen gut in den Förderungsentscheiden implementierte Kriterien. Diese Tatsache bildet jedoch nicht notwendigerweise eine Gewähr für die tatsächliche Berücksichtigung im Rahmen konkreter kultureller Förderungsmassnahmen, noch weniger bei Geschäften ausserhalb des Kulturbereichs, die in die Kompetenz anderer Behörden fallen.

Es ergeben sich vier globale Herausforderungen:

- **Eine umfassendere Umsetzung der Konvention:** Zwischen den für Bereiche wie Kultur, Entwicklungszusammenarbeit, Integration von Migrantinnen und Migranten oder Kampf gegen Rassismus zuständigen Behörden bestehen bereits Kontakte und Synergien, welche die Anwendung von Grundsätzen der Konvention begünstigen. Es fehlt jedoch an einem abgestimmten Vorgehen unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Deshalb ist es wichtig, Massnahmen in Zukunft besser zu dokumentieren, um unter anderem den Austausch von Erfahrungen zu begünstigen und ihre transversale Sichtbarkeit zu verstärken.
- **Zusammenarbeit Bund, Kantone, Gemeinden:** Eine zweite Herausforderung besteht darin, die kommunalen und kantonalen Behörden besser in die Umsetzung der Konvention einzubeziehen. Die Modalitäten dieser Zusammenarbeit müssen noch erörtert werden. Information, Sensibilisierung, Vernetzung der Initiativen können jedoch bereits über den neuen, 2012 zwischen Bund, Kantonen und Städten vereinbarten Nationalen Kulturdialog erfolgen, der zur Verbesserung des Informationsaustauschs, zur Bestimmung von für alle Seiten relevanten Themen, zur Verstärkung der Zusammenarbeit und Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens lanciert wurde.
- **Verbesserung der Kulturstatistik:** Mit Blick auf die Stellungnahmen kann festgehalten werden, dass das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Kulturförderung erste Grundlagen für eine bessere Untersuchung des Kultur- und Kreativsektors in der Schweiz geschaffen hat. Die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 sieht im Übrigen mehr Mittel für die Kulturstatistik vor. Die notwendigen Massnahmen werden nun geprüft werden müssen, namentlich gestützt auf die von der UNESCO hierfür entwickelten Instrumente und in Absprache mit den interessierten Kreisen.
- **Das Urheberrecht im digitalen Zeitalter:** Der Wandel in den Produktionstechniken der Kulturgüter hat zu einer Entmaterialisierung ihrer Inhalte geführt. Die Inhalte sind für einen grösseren Teil der Bevölkerung billiger zugänglich geworden. Dieser in vielerlei Hinsicht positive Wandel schränkt unter Umständen die Verdienstmöglichkeiten der Kulturschaffenden und macht sie zudem immer stärker von den grossen digitalen Vertriebsnetzen abhängig. Es sind daher grundsätzliche Überlegungen nötig zu alternativen Möglichkeiten des Vertriebs von kulturellen Gütern und Dienstleistungen, die wegen ihres beschränkten Handelswerts keinen Zugang zu den grossen digitalen Distributionsnetzen haben. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, die Marktteilnehmer dazu anzuhalten, vielfältige Angebote bereitzustellen (wie Bereich des Films, siehe Abschnitt 3.1.2 c).

5.2 Wichtigste Resultate und Herausforderungen: Internationale Kooperation und Vorzugsbehandlung

Die Schweiz pflegt in ihren internationalen Beziehungen eine lange Tradition des aktiven Einstehens für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Im Rahmen ihrer Kulturpolitik beteiligen sich viele Kantone und Städte an grenzüberschreitenden oder internationalen Netzwerken und unterstützen interkulturelle Austauschprojekte (Atelieraufenthalte, Festivals). Auf Bundesebene äussert sich dieses Engagement im multilateralen Rahmen (Teilnahme an den Arbeiten und Übereinkommen der UNESCO, OIF und des Europarats), sowie im audiovisuellen Bereich (Programme und Koproduktionsabkommen), im Bereich des Kulturgütertransfers und der Förderung des Kulturaustauschs (Programme und Finanzhilfen von BAK, Pro Helvetia, EDA und BFM).

Im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit anerkennt die Schweiz ausdrücklich den Zusammenhang zwischen Kultur und Entwicklung. Sie fördert den kulturellen Sektor in den Partnerländern sowie den Zugang von Künstlern und Produktionen aus Entwicklungs- und in Transitionsprozessen befindlichen Ländern zum Schweizer Markt mittels spezifischer Programme und Projekte. Die für diese Aktivitäten eingestellten Budgets (von Bund, Kantonen und Gemeinden) haben sich seit der Ratifikation der Konvention bei rund 11 Mio. Franken pro Jahr eingependelt und stellen eine Vorzugsbehandlung im Sinne von Art. 16 dar. Die Zusammenarbeit zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft ist für die Zuweisung und Umsetzung dieses öffentlichen Beitrags sowie für die entsprechende Gegenleistung von privater Seite entscheidend. Das internationale Engagement der Schweiz zugunsten der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen reicht weit vor die Ratifikation der Konvention zurück. Diese hat gleichwohl einen internationalen Referenzrahmen geschaffen. So bezieht sich die Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 2012 zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013–2016 (BBI 2012 2485) explizit auf die Konvention. Diese hat ausserdem Grundlagen für den Dialog zwischen Behörden und Zivilgesellschaft über die Stellung der Künste und der Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit geliefert.

Bezüglich der Umsetzung der in der Konvention empfohlenen Massnahmen für die internationale Zusammenarbeit und die Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern stellen sich zwei zentrale Herausforderungen:

- **Mobilität der Künstler:** Die Schwierigkeit, die für die Teilnahme von Kunstschaffenden aus dem Süden und Osten am Kulturaustausch auf Schweizer Boden notwendigen Visa zu erhalten, ist für viele Organisationen der Zivilgesellschaft ein ständiger Grund zur Sorge. Innerhalb des internationalen, durch die Schengener Abkommen festgelegten Rahmens müssen die Anstrengungen zum Informationsaustausch und zum Dialog zwischen den verantwortlichen Behörden und den Organisatoren kultureller Anlässe fortgesetzt werden.
- **Statistiken und Best Practices:** Die Erarbeitung von Statistiken zur öffentlichen Entwicklungshilfe, die für die Kultur bestimmt ist, ist auf allen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) verbesserungsfähig. Ausser den Zahlen gilt es jedoch auch, die im Norden vorhandenen sinnvollsten Möglichkeiten zur Förderung der Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen und Kulturindustrien im Süden und Osten zu erfassen. So beteiligt sich die Schweiz aktiv an der Begleitung und Evaluation der Pilotphase des innovativen Mechanismus des Internationalen Fonds für kulturelle Vielfalt (FIDC).

5.3 Wichtigste Resultate und Herausforderungen: Die Integration der Kultur in die Politik der nachhaltigen Entwicklung

Die Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung auf Bundesebene hat zur Entwicklung des Nachhaltigkeitsmonitorings MONET zur statistischen Erfassung und Auswertung dieser Thematik geführt. Die Tatsache, dass MONET Indikatoren über die aktive und passive Beteiligung der Bevölkerung am kulturellen Leben beinhaltet, stellt eine wichtige Neuerung dar. Auch die Kantone und Städte haben ein Indikatorensystem für die nachhaltige Entwicklung eingeführt, das Ausgaben für Kultur und Freizeit einschliesst. Wenngleich die Effekte dieser Integration der Kultur in die öffentlichen Nachhaltigkeitspolitiken noch genauer zu erfassen sind, so stellt die gemeinsame Berücksichtigung dieser beiden Bereiche ein ausgesprochen positives Signal dar.

Wie im vorangehenden Abschnitt erwähnt, zählt die nachhaltige Entwicklung auch zu den Zielen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, welche die Kultur in ihre Tätigkeit einbezieht. Dieses Anliegen widerspiegelt sich in den Initiativen gewisser Städte und Gemeinden zur mehr oder weniger direkten Integration der Kultur in lokale und regionale Agenda 21 zugunsten der nachhaltigen Entwicklung. Dass die Kulturstrategie des Kantons Bern mehrere Prioritäten des Regierungsprogramms 2007-2010 mit dem Schwerpunkt der nachhaltigen Entwicklung aufgreift und die Stadt Genf eigene Überlegungen zur Integration der Kultur in die Umsetzung der Charta von Aalborg anstellt, sind besonders interessante schweizerische Beispiele.

Daran anschliessend können zwei Herausforderungen genannt werden:

- **Erfahrungsaustausch:** Die guten kantonalen Beispiele der Verknüpfung von Kultur und nachhaltiger Entwicklung verdienen es, auf gesamtschweizerischer Ebene als konkrete Modelle gewürdigt zu werden; insbesondere, um Erfahrungen zusammenzutragen und Initiativen zu bündeln. Der schweizerische Föderalismus, dessen positiver Einfluss auf die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bereits andernorts festgehalten worden ist, eignet sich gut zur Überprüfung innovativer öffentlicher Politiken auf regionaler Ebene, die, wenn sie erfolgreich sind, ähnliche Schritte in anderen Kontexten anregen können.
- **Zugewanderte Kultur:** Um Kultur als Vektor des sozialen Zusammenhalts und folglich der nachhaltigen Entwicklung zu etablieren, sollte auf die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund geachtet werden, besonders auf die bessere Berücksichtigung des Schaffens zugewanderter Künstler und Künstlerinnen, die in den Kulturinstitutionen untervertreten sind.

5.4 Wichtigste Resultate und Herausforderungen: Sensibilisierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft

Die im Rahmen der Erarbeitung dieses Berichts durchgeführte Konsultation hat verschiedene Rückmeldungen aus der Zivilgesellschaft erbracht. Es zeigt sich, dass zusätzliche Informations- und Sensibilisierungsarbeit geleistet werden muss. Die Durchführung von drei Anhörungen während der Erarbeitung der Konvention (August 2004, Januar 2005, April 2005) durch die Schweizerische UNESCO-Kommission, in Partnerschaft mit Tradition pour Demain und der Erklärung von Bern, hat eine enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft initiiert und grosse Erwartungen für die Zukunft geweckt.

Generell sind die Organisationen der Zivilgesellschaft der Ansicht, dass zu wenig zur Umsetzung der Konvention und Gewährleistung seiner Sichtbarkeit unternommen worden sei. Spartenspezifische Forderungen betreffen etwa: eine koordinierte Buchpolitik; die Teilnahme am Programm Kultur der Europäischen Union; eine diversifizierte Unterstützung nicht profitorientierter Filmfestivals und -clubs; die erleichterte Mobilität von Schweizer und ausländischen Kulturschaffenden; eine bessere Anerkennung des Beitrags von Migrantinnen und Migranten zum kulturellen Leben; erleichterte Verfahren der Visumserteilung; die Verbesserung des Zugangs zu den künstlerischen Berufen; die Aufwertung des Status der Laien und kleinen kulturellen Organisationen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft betonen ihre wichtige Rolle als Partner der Behörden im Hinblick auf die Umsetzung der Konvention. Der mit der DEZA (EDA) aufgenommene Dialog ist hierfür ein Beispiel. Für die Umsetzung von Art. 11 der Konvention drängt sich folglich ein globales Ziel auf:

- **Ein besser strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft:** Die Zivilgesellschaft hat sich als initiative Kraft profiliert und wird in künftige Überlegungen zu den Modalitäten der Umsetzung der Konvention eingebunden werden müssen. Sie hat sich auch als wichtiger Gesprächspartner für eine regelmässige Bestandsaufnahme der Situation der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in der Schweiz erwiesen.

ANHANG – DATEN UND ZUSATZINFORMATIONEN (QUELLEN UND STATISTIKEN)

(siehe separate Dokumente)

- Anhang 1 – Fragebogen
- Anhang 2 – An der Anhörung teilnehmende Parteien (Oktober - November 2011)
- Anhang 3 – Abkürzungsverzeichnis
- Anhang 4 – Statistiken
- Anhang 5 – Bibliographie/Quellen